

Mündliche Frage von Frau Creutz an Herrn Minister Paasch zur Zukunft kleiner Dorfschulen

Behandelt in der Plenarsitzung vom 17. Januar 2011

DER PRÄSIDENT: Wir kommen zur Frage von Frau Creutz an Herrn Minister Paasch zur Zukunft kleiner Dorfschulen. Frau Creutz hat das Wort.

FRAU CREUTZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen! In einem Presseinterview erklären Sie, Herr Paasch, dass die Situation für unsere Dorfschulen angesichts sinkender Geburtenraten schwieriger werden dürfte. Deshalb gelte es, innovativ zu sein und die Zusammenarbeit mehrerer Dorfschulen anzuregen.

Hierzu meine Fragen: Welche innovativen Konzepte will die Regierung zum Schutz kleiner Dorfschulen einsetzen? Wird in Erwägung gezogen, die bestehenden dekretalen Grundlagen zu ändern? Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

DER PRÄSIDENT: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Jahresbeginn habe ich in der Tat die aktuellen Schülerzahlen vorgestellt, die in der Zwischenzeit auch im zuständigen Ausschuss besprochen wurden. Dabei ist deutlich geworden, dass die Schülerzahlen im Kindergarten und ganz besonders im Primarschulwesen weiter sinken. Das ist eine Entwicklung, die wir seit einigen Jahren feststellen und die angesichts der vergleichsweise geburtenschwachen Jahrgänge auch zu erwarten war.

Dieser Trend ist für kleine Dorfschulen natürlich mit großen Gefahren verbunden. Die geburtenschwachen Jahrgänge können dazu führen, dass kleinere Dorfschulen schließen müssen, weil es ihnen nicht mehr gelingt, sechs Kinder im Kindergarten oder zwölf Kinder in der Primarschule einzuschreiben. Das dem so ist, hat nichts mit politischem Willen zu tun, ganz im Gegenteil, es ist eine mathematische Tatsache. Ich habe es immer für meine Pflicht gehalten, darauf hinzuweisen. Das habe ich letzte Woche übrigens nicht zum ersten Mal getan. Darauf weise ich schon seit einigen Jahren regelmäßig hin.

Mittlerweile bewegen sich einige Dorfschulen am Rande der Erhaltungsnorm. Einzelne Dorfschulen erreichen die Erhaltungsnorm in diesem Schuljahr nicht mehr und befinden sich im sogenannten Gnadenjahr. Es gibt einige Kindergärten, in denen in diesem Jahr weniger als sechs Kinder, und einige Primarschulen, in denen in diesem Jahr weniger als zwölf Kinder eingeschrieben sind. Besonders beunruhigend ist diese Entwicklung dort, wo mehrere Dorfschulen in einem kleinen Einzugsgebiet, in einem kleinen Radius, ja fast in Nachbarschaft zueinander bestehen. Dort kann es, wie die Erfahrungen beispielsweise in Deutschland, Österreich oder auch Südtirol zeigen, zu einer Konkurrenzsituation zwischen einzelnen Dörfern, einzelnen Dorfgemeinschaften kommen.

Um einer ungesunden Konkurrenz zwischen einzelnen Dorfgemeinschaften vorzubeugen, haben wir vor einiger Zeit im Einvernehmen mit den Schulschöffen – ich betone „im Einvernehmen mit den Schulschöffen“ – die Wiedereröffnungsnorm abgeändert. Ich weise in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass es sich dabei ausdrücklich nicht um eine Sparmaßnahme handelte, wie es in der letzten Haushaltsdebatte fälschlicherweise behauptet wurde. Hätten wir bei den Dorfschulen Geld sparen wollen, dann hätten wir die

Erhaltungsnorm abgeändert. Das haben wir aber ausdrücklich nicht getan. Die Erhaltungsnormen bleiben unangetastet und bleiben damit für kleine Dorfschulen die günstigsten in ganz Europa. Die Regierung bekennt sich also sowohl in Worten als auch in Taten zu den Dorfschulen.

Um einer ungesunden Konkurrenz zwischen einzelnen Dörfern vorzubeugen, habe ich bereits mehrmals und schon vor einigen Jahren angeregt, dass sich betroffene Gemeinden und Dorfgemeinschaften vorzeitig Gedanken über die Zukunft ihrer Schulen machen und gegebenenfalls auf benachbarte Dorfgemeinschaften zugehen sollten. Das haben in der Vergangenheit auch einige Dorfgemeinschaften getan, wie Sie wahrscheinlich wissen.

Im Grunde habe ich also letzte Woche nichts Neues, nichts Spektakuläres gesagt. Damit haben wir uns übrigens auch schon im zuständigen Ausschuss beschäftigt. Natürlich gibt es viele Möglichkeiten, viele Formen der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Dörfern. Selbstverständlich kann man sich dabei auch von Vorbildern im In- und Ausland inspirieren lassen. Ich bin gerne bereit, die Diskussion über all diese Formen der Zusammenarbeit noch einmal im Ausschuss zu vertiefen.

Eine Abänderung der Gesetzgebung, eine Abänderung der Erhaltungsnormen für das Primarschulwesen – danach hatten Sie konkret gefragt – ist jedoch nicht geplant. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

DER PRÄSIDENT: Frau Creutz, möchten Sie Stellung zur Antwort des Ministers nehmen?

FRAU CREUTZ *(aus dem Saal)*: Herr Minister, Sie wissen, dass es seit vielen Jahren ein besonderes Anliegen der CSP und darüber hinaus meines Erachtens auch vieler Schulen ist, dass das freiwerdende Stellenkapital genutzt werden könnte, um einen Pool für die Lehrerweiterbildung zu schaffen. Das ist ein Herzensanliegen, das wir schon viele, viele Jahre haben. Vielleicht besteht jetzt im Rahmen der geplanten innovativen Konzepte die Möglichkeit, einen solchen Pool zu schaffen, aus dem geschöpft werden kann, damit es Lehrkräften ermöglicht wird, Weiterbildungen zu folgen, ohne dass der Unterricht auf andere abgewälzt werden muss. Es geht also darum, die Teilnahme an Weiterbildungen zu erleichtern. Das wäre ganz in unserem Sinne. Ich danke Ihnen!

Die Behandlung der Frage ist abgeschlossen.